

Die „KAZ“ ist in Not. Heil! Durch Sammlungen für den Pressefonds, durch freiwillige Beiträge

veranlaßt: „Trotzdem wir den höchsten Stand materieller Prosperität erreicht haben, gibt es immer noch im Lande Millionen ungelerner Arbeiter, die nicht an dem Wohlstand des Landes teilnehmen.“ Hier die

Wöchentliche Löhne in Dollar	Arbeitszeit in Std.	niedrigste	höchste
Weichkohlenbergbau (1926)	—	10,34	33,90
über Tage	—	11,03	37,69
Erzbergbau (1924)	—	52,1	19,80
Hochöfen (1926)	—	62,4	16,14
Glaserarbeiten (1925)	—	52,5	14,37
Maschinenfabriken (1925)	—	50,6	11,73
Automobilfabriken (1925)	—	50,4	24,02
Eisenbahnstreckenarbeiter (1926)	—	47,5	—
Holz (1925)	—	57,5	10,48
Wollherberei (1926)	—	49,4	20,77
Schlachtvieh- und Fleischpacker- eien (1925)	—	50,2	18,18
—	—	—	22,70

Bei diesen Löhnen ist nicht zu vergessen, daß in Amerika die Lebenshaltung mindestens doppelt so hoch ist als in Deutschland. Woraus sich ergibt, daß die obengenannten Löhne meist unter dem proletarischen Existenzminimum stehen. Weiter ist zu berücksichtigen, daß es in Amerika verhältnismäßig weit mehr ungelernete Arbeiter gibt als beispielsweise bei uns. Es ist nur eine kleine Schicht ausgesuchter Spezialarbeiter, die in glänzenden Verhältnissen lebt, während die große Masse der amerikanischen Proletarier zu erbärmlichen Löhnen schuftet muß.

Der Gummiplan sorgt für den Wirtschaftsfrieden.
Im Verlag Westermann in Braunschweig ist soeben ein Buch erschienen, das den Titel „Drüben steht Amerika“ trägt. Verfasser ist ein Dr. Otto Moog, technischer Leiter der großen Braunschweiger Mühlenbaustalt Amme, Giesecke und Komgen. Moog berichtet über seine Amerikareise unter anderem:

„In vielen Betrieben Pittsburghs haben wir ständige Polikommen mit den bekannten Gummiknippeln ständig positioniert. Sie patrouillierten auch innerhalb der Betriebe und sind bei Streitigkeiten sofort zur Stelle. Vom Gummiknippel wird rücksichtslos Gebrauch gemacht. Ein Schlag über das Schloß, und das Sanitätsamt führt den Bewußtlosen ab. Keine Uebertreibung! Besonders die Neger erweisen sich stiers dieser Behandlung, sie kriegen bläuliche Koller und sind nur in der eben beschriebenen sanften Weise zu bändigen. Jeder in Amerika findet diese Behandlung von Personen, die sich der Ordnung widersetzen, nicht unemischlich, sondern ganz natürlich.“

Barbarische Justizmorde an klassenbewußten Proletariern, Massenmord unter den ungelerten Arbeitern und Gummiknippelregiment in vielen Betrieben — das ist also das wahre Gesicht jenes Amerikas, das von den europäischen Reformisten als Musterland der demokratischen Entwicklung gelehrt wird.

Geld stinkt nicht

Die „Welt am Abend“, die mit den Arbeiterkeldern der IAH arbeitet, war kürzlich gewunden, die Zurschiffung eines durch einen der bekannten Wohnungsvermittler, d. h. Wohnungsschwinder Geppeliten zu bringen. Darauf sind dem Blatt wie es mittelt, eine ganze Anzahl von Zuschriften von Geppeliten eingegangen, die aber nur angedeutet werden. Soweit ist die Sache richtig. Ein Verbrechen der W. a. A. wie der gesamten bürgerlichen Etwesen ist es, daß das Blatt diese Schwinder gegen Bezahlung selbst empfielt. In der Nr. 176 vom 28. August, in dem die Sache angeschnitten wird, stehen gleich 3 derartige bezahlte Empfehlungen.

Das ist Prostitution und Zuhälterei zugleich. Da das Blatt die Schwinder, von denen es täglich Geld bekommt, natürlich nicht bekämpft, kann, verfährt es recht zierlich mit ihnen. Die Arbeiter müssen erkennen lernen, daß die Presseheuren von Schläger der W. a. A. nichts weniger gefährlich sind als die Kapitalisten, die sie gegen Bezahlung im Inseratenteil empfehlen.

Die Gewerkschaften als ideologische Epitaphien d. Kapitalismus

Die Probleme, mit denen sich die deutsche Gewerkschaftspresse in den letzten 8 bis 10 Monaten beschäftigt, sind folgende: 1. Der Charakter der gegenwärtigen Periode des Kapitalismus, 2. Gewerkschaften und Staat, 3. Gewerkschaften und Wirtschaft, 4. Arbeitsgemeinschaft, 5. Gewerkschaften und Kolonialfrage. Man muß schon sagen, daß die gewerkschaftliche Publizistik bis zu einem gewissen Grade doch instinkt beweist, indem sie ihre Aufmerksamkeit auf gewisse aktuelle und interessierende Probleme richtet. Um so wichtiger erscheint es, die Ansicht der Gewerkschaften zu diesen Problemen aus erster Quelle kennen zu lernen.

Die Gewerkschaften versuchen natürlich zu beweisen, daß ihre Einstellung zum kapitalistischen Staat und zu dessen Wirtschaft von dem gegenwärtigen Charakter der Periode des Kapitalismus als „demokratische Periode des Kapitalismus“ absondern bedingt ist. In der „Arbeit“ Nr. 6 schreibt ein Lothar Erdmann darüber: „Diese demokratische Periode des Kapitalismus, in deren Anfängen wir stehen, läßt sich auch charakterisieren als der Übergang von unbewußten (individualistischen) zum bewußten (gemeinwirtschaftlichen) Kapitalismus.“ Dabei stützt sich Erdmann auf Professor Sombart, der in seiner Schrift „Ordnung des Wirtschaftslebens“ feststellte, daß an die „aristokratische Periode“ des Kapitalismus „sich jetzt wieder eine demokratische anzuschließen scheint“. Wie soll man die Einstellung der Arbeiterklasse in einer solchen Periode „des demokratischen Kapitalismus“ nach Ansicht der Gewerkschaften sein? Karl Renner, der österreichische Sozialdemokrat kommt den Gewerkschaften hierbei zu Hilfe. Im „Gewerkschaftsarchiv“ werden Aussätze aus einem Aufsatz Renners aus dem Wiener „Kampf“ abgedruckt, in dem Renner schlussfolgert, daß bei der Arbeiterklasse, nach einer Periode meist politischer Orientierung, sich mit einer stärkeren Orientierung in ökonomischer Beziehung zu rechnen sei. Als die tragenden Kräfte dieses Prozesses sieht er die Gewerkschaften und Genossenschaften an. Man will aber den Arbeiter einreden, daß eine neue vielversprechende demokratische Epoche des Kapitalismus anbricht, die selbstverständlich die Arbeits-

gemeinschaft mit der Bourgeoisie notwendig macht. Im engen Zusammenhang damit ist Karl Renner bestrebt, die Arbeiter vom politischen Kampf in das Gebiet ihrer rein wirtschaftlichen Interessen, der „Alltagsorgen“ abzulenken.

Als Leitmotiv der Gewerkschaften in ihrer Stellung zum kapitalistischen Staat können folgende Worte Jäckels (vom Textilarbeiterverband) gelten, der in einem Referat über „Wirtschaftsdemokratie“ sagt: „Die Arbeit am Staat, die Arbeit im Staat, das sei die Lösung! Nicht Staatsvereinerung, nein, Staatsbejahung! Der demokratische Staat, den wir haben, wollen wir uns erhalten, den wollen wir uns ausbauen zum sozialen Staat...“ Diese Lehre von der Bejahung zum kapitalistischen Staat wird in den Gewerkschafts- und Betriebsratsschulen in Vorträgen ganz systematisch propagiert. So schildert Richard Seidel in der „Arbeit“ Nr. 10 seine Erfahrungen in seinem Kursus der Berliner Gewerkschaftsschule. Er erzählt, wie seine Hörer „bedenkliche Mienen“ machten, als er ihnen einzureden versuchte, daß 1. der Staat seine Haltung den Gewerkschaften gegenüber grundsätzlich geändert hat, und daß deshalb 2. diese Wandlung im Verhalten der Gewerkschaften zum Staat zur Folge haben müsse... Darauf erwiderten einige seiner Schüler: „Der Staat ist nach wie vor der alte Klassenstaat und die Staatsgewalt demgemäß immer noch der geschäftsführende Ausschuß der herrschenden Klasse.“ Seidel fuhr dann fort: Ich erinnere daran, daß nach guter alter sozialistischer Lehre die Staatsgewalt überhaupt ein Mittel zu der von uns erstrebten Aenderung der sozialen Ordnung ist.

Öffentliche Versammlung

Donnerstag, den 25. August 1927, abends 7,30 Uhr
Berliner Kundbrauerei, Neukölln, Hermannstr. 216.
Thema: Massenanschlüsse im 14. Verwaltungsbezirk der KPD, und die russische Opposition.
Proletarier erscheint in Massen.
Die Opposition der KPD... ist besonders eingeladen.
KAP. 14. Unterbezirk. AAU.

nämlich dann, wenn wir die Staatsgewalt mehr oder minder stark beherrschen oder gar innehaben. Eine nach unseren Forderungen gestaltete Gesetzgebung zeigt, daß wir an der Beherrschung der Staatsgewalt beteiligt sind: also ist sie sowohl Herrschaftsinstrument, unserer wie der gegnerischen Klassen. Können wir den Staat also darum ablehnen, weil er von Klassen beherrscht wird, zu denen wir nicht gehören würden... In der deutschen Gewerkschaftspresse wimmelt es von solchen Ausdrücken wie „Volk“, „Dienst an der Allgemeinheit“, „Interessen der Gesamtheit“, „Volksstaat“ usw. Am laienhaftesten bedient sich dieser Phrasen Leipart, der Vorsitzende des ADGB. Auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß sagte er in seinem Bericht:

„Wir wollen gegenüber dem einseitigen Machtstreben des Unternehmertums unsererseits doch an der alten Auffassung festhalten, daß über den einseitigen Interessen der einzelnen Gesellschaften und Klassen das große gemeinsame Interesse des Volkes anbricht, also des Staates steht.“ In einem Artikel in der „Arbeit“ Nr. 1 „Gewerkschaften und Volk“ indem er eine theoretische Grundlage für die Gewerkschaften sichtet, sagt er: „Die Gewerkschaften haben nie geögert, sich in dieser schweren Zeit genau so in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, wie sie bisher den Interessen der Masse der Arbeiter* zu dienen bestrebt waren.“ Leipart unterrichtet besonders, „den Gedanken, der in den Arbeitermassen Wurzel gefaßt hat, daß das Interesse der Gesamtheit jedem Sonderinteresse voranzustellen ist.“ Und dann heißt es: „Die Gewerkschaften sind die treuesten Hüter der jetzigen republikanisch-demokratischen Staatsform, weil sie wissen, daß jede Gefährdung der politischen Demokratie den Kampf für die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie als äußerste erschwert.“

Wir haben gesehen, wie sich die Gewerkschaften den Forderungen des modernen Kapitalismus anpassen und im Sinne dieser Forderungen die Arbeiterschaft ideologisch versuchen zu beeinflussen. Die Gewerkschaften sagen: 1. Der Kapitalismus ist bei weitem nicht zu Ende; eine Epoche des Neo-Kapitalismus oder des „demokratischen Kapitalismus“ sei da, 2. der bürgerlich-demokratische Staat muß mit allen Mitteln geschützt werden, denn er ist sowohl Herrschaftsinstrument unserer wie der gegnerischen Klassen.“ 3. Ueber den einseitigen Interessen der einzelnen Klassen „steht das Interesse des Volkes anbricht, also des Staates.“ Daran ergibt sich die Einstellung der Gewerkschaften zum Problem der Rationalisierung. Wenn der kapitalistische Staat mit allen Mitteln geschützt werden muß, so muß natürlich auch die kapitalistische Wirtschaft mit allen Mitteln gerettet werden. Die Rationalisierung wird deshalb als Methode der Gesundung der Wirtschaft von den Gewerkschaften am wärmsten befürwortet. Jäckel sagt dazu: „Die Gewerkschaften sind durchaus nicht Gegner der Rationalisierungsmethoden, im Gegenteil, sie haben dieselben immer gefördert... Gerade, weil ich den Standpunkt verrete, daß die Arbeiterschaft ein Element der Wirtschaft ist, welches nach Gleichberechtigung strebt... ist meines Erachtens nach der Arbeiter verpflichtet, gemeinsam mit den Unternehmern jene Formen der Rationalisierung, der Typisierung, der Taylorisierung usw. herauszufinden, die für die Wirtschaft nützlich sind.“ In der „Arbeit“ Nr. 1 behauptet Franz Spillett, daß die Arbeiter seit Jahren auf die Rationalisierung gedrängt haben. Er gibt deshalb auch den guten Rat, wie man die Arbeitslosigkeit mildern kann: „3 Prozent von Lohn als direkter Beitrag (für die Erwerbslosen) können von Unternehmern und Arbeitern getragen werden.“ Nun kommt der Philosoph oder der Dichter der kapitalistischen Rationalisierung, Bruno Rauecker, der zuerst feststellt, daß „der deutsche Arbeiter, der in seiner besonderen-

dem Seelenhaften mehr als die Arbeiterschaft eines anderen westeuropäischen Volkes zugewandten zeitigen Lage, unter dieser Entwicklung (d. h. unter der Rationalisierung) am schwersten leiden wird.“ Aber Rauecker verspricht dem Arbeiter viele schöne Dinge als Ersatz für den Verlust der deutschen Seelenhaftigkeit. „Er mag diesen Ersatz finden in der Kleingarten- und Siedlungsbewegung, die ihm den Umgang mit der Natur, mit ihrem Werden und Vergehen ermöglichen soll. Er mag ihn finden in der Arbeiterbewegung, in der Formung der Persönlichkeit an der Hand der Bildungswerte, die ihm die Einrichtungen der Arbeiterbildung bieten. Er mag ihn finden in der tatsächlichen Durchführung der Wirtschaftsdemokratie.“ Unter den Vorteilen wirtschaftlicher Natur verspricht Rauecker den Arbeitern neben der Preissenkung und damit der Steigerung der realen Kaufkraft vor allem die Stabilisierung des Arbeitsmarktes.

Die Gewerkschaften verteidigen nicht nur die kapitalistische Rationalisierung, sondern fordern sogar die Arbeiterklasse auf, Opfer für den Aufschwung der kapitalistischen Wirtschaft zu bringen. Noch eins mag beachtenswert sein. Die Gewerkschaftspresse propagiert in der letzten Zeit systematisch die Rückgabe der Deutschland geraubten Kolonien. Im Augustheft des „Gewerkschaftsarchiv“ wirft ein Dr. Karl Müller die Frage auf „braucht Deutschland Kolonien?“ Er behandelt die Frage im Zusammenhang mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, und beruft sich dabei auf solche „Männer von überparteilichem Ansehen“ wie Reichsbankpräsident Dr. Schacht, Staatssekretär von Trendelenburg und Reichswirtschaftsminister Curtius. Er stützt sich mit ihnen auf „Wilsonsvorsprechen“ hinsichtlich der Integrität der überseeischen Besitzungen.“ Aber seine Hauptstütze ist die Entscheidung der deutschen Sozialdemokratie, auf dem Berner Kongreß die „die Rückgabe der besetzten deutschen Kolonien als etwas ganz selbstverständliches“ fordert. Dr. Karl Müller zählt die „beachtlichen Vorteile“ der Rückgabe der Kolonien für die deutsche Wirtschaft auf und versichert die Arbeiterschaft, daß „für eine Kolonialpolitik die Machtpolitik weder die Voraussetzung, noch die Folge sein muß. Seine Aufsätze schließen er mit folgenden Worten: „Erkennen wir jene These an, so liegen einer energischen Verfolgung kolonialer Absichten auch seitens der organisierten Arbeiterschaft keine moralischen Bedenken im Wege, während die lockenden wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Vorteile uns zu entscheidenden Kolonialfreunden machen müßten.“ Müller weist weiter nach, daß die Kolonien als Rohstoffversorger der deutschen Industrie nicht zu unterschätzen seien und berief sich auf einen Artikel Snowdens, der kürzlich durch die deutsche Presse lief, in dem Snowden die Rückgabe der deutschen Kolonien forderte, um dann auszurufen: „Sollen wir uns von diesem englischen Sinnungsfreund erst auf das Erfordernis irgendeiner nationaler Selbstachtung aufmerksam machen lassen?“

Müller geht noch weiter. Er verteidigt die „Theorie der Withe Mens Countries“ (Vorbereiter der weißen Rasse), die, wie er sagt „in Australien und Südamerika geradezu das Evangelium der Arbeiterpartei geworden sei.“ Zum Schluß ruft Müller die deutschen Gewerkschaften auf, dem Beispiel zu folgen: „Haben jene australischen Genossen nicht durch ihre Lebensarbeit und deren köstliche Früchte bewiesen, daß sie auf einem rechten Wege sind? Wirkt ihr Vorbild nicht etwa aneuernd und anspornend auf uns zurück?“ Worin unterscheidet sich diese Sprache des Sozialdemokraten Müller noch von denen der nationalen Kolonialimperialisten? In nichts, die bürgerlichen Imperialisten sprechen doch auch von „unreinen“ und „unerwünschten“ Völkern die man unterjochen und „civilisieren“ muß. Die Absichten dieser Gewerkschaftsreformisten sind klar: die deutsche Arbeiterschaft soll an den Gedanken der imperialistischen Kolonialpolitik gewöhnt werden. Man verspricht ihr reiche Rohstoffquellen, neue Absatzmärkte, Gesundung der deutschen Industrie, Verminderung der Arbeitslosigkeit, hohe Löhne, eine privilegierte Stellung (Arbeiteraristokratie) und viele ähnliche gute Dinge. Es muß dieser von den Gewerkschaften verbreiteten ideologischen Pest überall durch Aufklärung der Proletarier entgegen getreten werden.

Öffentliche Diskussionsabend

Freitag, den 26. August 1927, abends 7,30 Uhr, im Lokal Paul Laaser, Luisenizer Straße 25.
Thema: Die russische Opposition.
Proletarier erscheint in Massen!
KAP. — 6. Unterbezirk. — AAU.

Achtung! Achtung!
Am Freitag, den 26. 8., abends 7,30 Uhr, findet in Charlottenburg im Lokal von Wilhelm Tesche „Zum Birnbaum“, Galvanstraße 13, eine kombinierte Mitglieder-Versammlung der KAP und AAU des 2., 7., 4. und 18. Unterbezirks statt. Das Erscheinen aller Genossen der gesamten Bezirke ist Pflicht.

Öffentliche Quittung für den Pressefonds.
Unser Appell an die Leser der „KAZ“, die „KAZ“ in ihrem schweren Kampfe mit außerordentlichen Mitteln zu unterstützen, hat bisher folgendes Resultat erzielt:
S. Lohse 10.—, S. Ass 3.—, S. Kessel 1.—, S. Zehndorf 10.—, K. Berlin 2,40, H. Steglitz 3.—, M. Berlin 0,50, B. Lüdenscheidt 2.—, J. Dessau 2.—, O. Tempelhof 1.—, V. Buch 5.—, W. Velten 2.—, A. Westeregeln 2.—, B. Gastrop-Beuzeln 0,20, W. Hindenburg 3.—, G. Landau 2.—, W. Röschenhelm 2.—, A. Berlin 1,55, M. Berlin 40.—, E. Berlin 2.—, C. Hannover 10.—, Mark.

München.
Jeden Freitag, abends 8 Uhr, Zusammenkunft. Auskunftsstelle die Zeitungsredaktion der AAU und KAP.
Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sita, Neukölln. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, Willy Kadonatz, Berlin O 17.

Kommunistische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

August 1927

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 528 42.
Buchhandl. I. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Luisenizer Pl. 13.
Telephon-Nr.: Moritzplatz 7832.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifenband durch die Post monatlich 1,50 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Ein Sonntag der Bankrotteure Reparationen und Wirtschaft

Der 28. August ist von den Berliner Ortsausschüssen des ADGB zum „Tag der freien Gewerkschaften“ ausersehen worden. Wie im Vorjahre zum Jubiläumstag der Amsterdamer Internationale, sollen die Berliner Proletarier abermals einen Sonntagsnachmittagsmassenspieltag zur Treptower Spielwiese machen, um „für die gewerkschaftliche Idee“ zu werben. Und auch die diesjährige „Propaganda-Kundgebung“ wird den kleinbürgerlichen Charakter eines gemächlichen „Gewerkschaftsfestes“ aufweisen, wie unlängst der „Vorwärts“ in einer Polemik gegen die „Rote Fahne“ richtigstellte.

Die Gewerkschaften sind die Hüter der Interessen der Arbeitnehmerschaft, versichern die Berliner Gewerkschaftsbeamten in ihrem Aufruf zum 28. August. Wo aber die Amsterdamer „Hüter“ der Arbeiterinteressen politisch in Wirklichkeit stehen, zeigt klar das Verhalten der Gewerkschaften in der jüngsten Zeit. Die Proletarier brauchen sich nur mal an die in den letzten Wochen aktuellsten Vorgänge zu erinnern: an den Wiener Juliaufruf und die Angelegenheit Sacco und Vanzetti.

In dem spontanen Ausbruch der proletarischen Empörung gegen die österreichische Klassenjustiz zehet das Interesse der Arbeiterschaft, national und international die proletarische Tatsolidarität zur Unterstützung der Wiener Barrikaden kämpfer zu mobilisieren? Was aber taten die Amsterdamer „Hüter“ der Arbeiterinteressen? Die österreichischen Gewerkschaftsinstanzen trieben die Wiener Proletarier in tödliche Isolierung, um die Faschistendiktatur Österreich vor einem revolutionären Sturm zu retten. Nicht nur das. Die österreichischen Gewerkschaftsbesitzer selbst stellten aus ihren Reihen die Polizeibrigade, welche die Revolte der Wiener Arbeiter im Blute zu erstickten hatten. Und die deutschen, einschließlich der Berliner Gewerkschaftsführer? Sie standen Geknecht bei Fuß; sie rührten keinen Finger um im Geiste des proletarischen Internationalismus den Ansturm der Wiener Arbeiter gegen ihre Bourgeoisie aktiver zu unterstützen durch Massenaktionen gegen die deutsche Kapitalistenklasse. Ja, die Beamten des ADGB waren sogar recht stolz darauf, daß die österreichischen Amsterdamer den Wiener Brandherd proletarischer Empörung so schnell unter Wasser gesetzt haben. Die blutige Juliniederlage der Wiener Proletarier, sie ist aber in hohem Maße das planmäßige Werk der gewerkschaftlichen „Hüter“ der Arbeiterinteressen.

Die gleiche Politik der offenkundigen Nichtachtung proletarischer Interessen verfolgten die Amsterdamer aller Länder; einschließlich der deutschen, auch im Falle Sacco-Vanzetti. Weder die amerikanischen Gompers-Gewerkschaften noch der IGB, Amsterdamer Klassenjustiz der Dollarbourgeoisie, in den Arm zu fallen. Wo der Kampf um die Rettung Saccos und Vanzettis eine Frage des internationalen Machtkampfes gegen die Bourgeoisie war und als solcher mit Massenstreiks der Arbeiter in allen Ländern beginnen mußte, begnügten sich die Amsterdamer „Hüter“ der Arbeiterinteressen wie bürgerliche Humanitätspflanzen mit lächerlichen Appellen an das „Weltgewissen“ und ebenso lächerlichen Bitt-Telegrammen an die in Frack und Zylinder einhergehenden Schalthmeister des elektrischen Stuhls. Die deutschen Gewerkschaftsbeamten besonders setzten alle Hebel in Bewegung, um ein wirkliches Eintreten der Proletarier für Sacco und Vanzetti; die Solidarität der Klassenart, zu verhindern. Auch den Berliner Gewerkschaftsbeamten stand der Wirtschaftsfrieden, d. h. die unbedingte Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im kapitalistischen Betriebe tausendfach höher, als den beispiellosen Justizmord an Sacco-Vanzetti zum Ausgangspunkt proletarischer Massenaktionen gegen die eigene Henkerbourgeoisie zu machen. Wenn schließlich die Dollarbourgeoisie die beiden italienischen Arbeiter auf die Guillotine der zweitensünd die beiden schleppen konnte, ohne damit einen Massensturm revolutionären Charakters im amerikanischen Proletariat auszulösen, so ist das nicht zum kleinsten „Hüter“ der Arbeiterinteressen. Darüber hinaus werden die Amsterdamer Gewerkschaften auch immer unwilliger zur Durchführung ihrer ureigensten reformistischen Aufgaben. Die besonderen Forderungen, — wie: „Ausreichende Entlohnung, Achtstundentag, Fünfundvierzig-

stundenwoche, Beseitigung aller Ueberstunden, Ausbau der Sozialpolitik“ — welche die Berliner Ortsausschüsse des ADGB zu ihrem Gewerkschaftsfest aufgestellt haben, dienen nur dazu, am 28. August möglichst große Massen politisch arbeitsloser Arbeiter auf die Treptower Spielwiese zu locken. Denn die Gewerkschaften beweisen ja seit Jahr und Tag immer wieder selbst, daß sie unfähig sind für einen Kampf um diese ihre Forderungen. Würden die Gewerkschaftsinstanzen nicht jeden Lohnstreik und Arbeitszeitkampf ab, die in eine Massenbewegung gegen das System des Kapitalismus umzuschlagen drohen? Setzen sich die Gewerkschaftsinstanzen nicht für die Durchführung auch jener Schiedssprüche ein, die den Zehn-, Elf- und gar Zwölfstundentag diktieren? Haben die Gewerkschaftsinstanzen nicht der Arbeitslosenversicherung zugesagt, die einen Abbau der Sozialpolitik darstellt? Jawohl, wird jeder ehrliche Proletarier bestätigen müssen. Die Gewerkschaften müssen ihre eigenen Forderungen preisgeben, — wie sie feierlich den Schwur an den kapitalistischen „Wiederaufbau“ geleistet haben. Und wer den Neuaufbau der Profitwirtschaft will, der muß wohl oder übel auch dessen Konsequenzen tragen. Deshalb unterstützen die Gewerkschaften die kapitalistische Rationalisierungsoffensive und deren Schlichtungsakt, und deshalb sind sie ohnmächtig dazu, den Verelendungszug mit einer proletarischen Gegenoffensive zu beantworten. Denn wie prinzipiell für den „Wiederaufbau“ des Kapitalismus ist, der kann nicht gleichzeitig eine Politik treiben, die im Endeffekt diesen kapitalistischen Neuaufbau unmöglich macht.

Auch der kürzlich in Paris stattgefundenen Kongreß der Amsterdamer Internationale hat erneut bestätigt, daß die Gewerkschaften absolut unfähig sind für wirkliche Aktionen des Proletariats. Ob es der Wiener Arbeiteraufruf oder der Justizmord an Sacco-Vanzetti ist, ob es die imperialistische Kriegsgefahr oder der faschistische Kurs der Kapitaldemokratie ist, ob es das Massenelend der Dauerarbeitslosigkeit oder die kapitalistische Hungeroffensive in den rationalisierten Betrieben ist: — in jeder Frage des proletarischen Klassenkampfes treffen die Gewerkschaftsbeamten eine Entscheidung, die letztendlich im Interesse der bürgerlichen Gesellschaft liegt. Die bürgerliche Schwelgedemokratie über alles, Arbeiterpolitik zu Nutz und Frommen des kapitalistischen Aufbaues — das ist heute das politische Evangelium der Amsterdamer „Hüter“ der Arbeiterinteressen und auch das Programm des Berliner Gewerkschaftsfestes.

Die letzten Ereignisse, besonders das schwachvolle Verhalten der Amsterdamer zum Fall Sacco-Vanzetti, haben auf manche Arbeiter erüchternd gewirkt. Bei vielen Proletariats muß — wie die „Rote Fahne“ vom 26. August bestätigen muß — infolge ihrer Empörung über die gewerkschaftlichen Helfershelfer der amerikanischen Klassenjustiz „eine Stimmung dafür vorhanden, nun am 28. August zu Hause zu bleiben und auf diese Weise zu demonstrieren, daß sie mit solchen Leuten nichts zu tun haben wollen“. Anstatt aber diese instinktiv gesunden antifgewerkschaftlichen Stimmungen in revolutionäres Klassenbewußtsein umzuformen, warnt der Gewerkschaftsredakteur der KPD, wie ein verkalkter Tugendpapst vor solchen Einstellungen, die sich „nur zugunsten der Ausbeuterklasse auswirken“. Nach der Logik der KPD-Führer ist es also „konterrevolutionär“, den Amsterdamer Kapitalistenknecht eine öffentlich sichtbare Quittung für ihre arbeiterfeindliche Politik zu geben — und „revolutionär“, hinter der Barfüßerdemokratie der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbesitzer in Massen heranzulufen. Wirklich, eine sonderbare Logik. — Aber die KPD, muß für die (von der „Roten Fahne“ so benannte) Treptower „Kundgebung der Heuchler“ noch eine Bombenreklame machen, weil sie ja nur der Trostkech der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie ist. Moskau braucht die Einheitsfront mit Amsterdamer in den kapitalistischen Aufbau Rußlands, und der Wille der russischen Kalaken und Nephären ist für die Kominternaktionen oberstes Gesetz. Deshalb muß die KPD auf eine selbständige Politik gegenüber dem ADGB verzichten und die Werbetrommel noch für die bankrotte Firma der Amsterdamer Reformisten kräftig schlagen. — Und deshalb müssen KPD und RFB am 28. August auf der Treptower Spielwiese vor den Berliner Orchestergeneralen wie preußische Rekruten

Das dritte Jahr schon erfüllt das deutsche Kapital. Es trägt das Dawesoch treu und brav. Der Reparationsagent ist mit den Leistungen und mit der pünktlichen und loyalen Durchführung des Dawesplan durchaus zufrieden. Trotz aller Voraussetzungen, die einen baldigen Zusammenbruch und eine Zahlungsmöglichkeit prophezeiten, funktioniert der Plan „normal“. Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft ist durch die Reparationsleistungen nicht verhindert worden. Die inländische Akkumulation schreitet vorwärts. Die Mark ist trotz der Reparationszahlungen und Transferierungen stabil geblieben. Die Arbeitslosigkeit ist immer weiter zurückgegangen. Die augenblickliche Entwicklung und meine kontrollierende Fürsorge garantieren auch die erhöhten zukünftigen Zahlungen nach Ablauf des vierjährigen Moratoriums. Die vierte Jahreszahlung ist gesichert und ebenso kann auch mit einer vollen Leistung im fünften Normaljahr gerechnet werden.

So triumphiert der Reparationsagent in seinem letzten Bericht über die ersten neun Monate des 3. Jahres. Die Zahlungen erfolgen sozusagen unter Ausschluss der Öffentlichkeit ohne großes Geschrei und ohne große Erregung. Das deutsche Kapital hat sich beruhigt, weil es ihm gelang ist, aus dem deutschen Proletariat die notwendigen Beträge durch indirekte Besteuerung herauszuziehen. Die Schmälerung seiner eigenen Profitrate ist durch die Gewinne bei den Sachleistungen ausgeglichen. Es kämpft nicht mehr gegen den Dawesplan, weil er auch eine Garantie für sein Verbleiben auf dem Weltmarkt ist. Ohne Erfüllung ist ein ausländischer Kredit unmöglich, weil Erfüllungsvoraussetzungen, wenn nicht Kriegszustand, so doch wirtschaftlichen Boykott bedeutet. Dagegen läuft der Sturm gegen den Versailler Vertrag weiter, weil seine Revision gleichzeitig eine erweiterte Macht und Lastenverteilungsmöglichkeit bedeutet. Die ausländischen Kredite sind immer noch die Grundlage der deutschen Wirtschaft, trotzdem die Reichsbank im Verein mit der Regierung besonders im Laufe der letzten Geldflüssigkeitsperiode durch banktechnische Maßnahmen und Genehmigungszwang für ausländische Anleihen versucht hat, die Deckung für den Kapitalbedarf aus dem einheimischen Markt herauszuholen. Das ungeheure Passivsaldo der Handelsbilanz, das von November 1926 bis 30. Juni 1927 ca. 2,4 Milliarden betrug, der erhebliche Transfer und dann noch die durch die Geldflüssigkeit in Bewegung gesetzte Börsenspekulation zwang aber die Reichsbank wieder, den Anfluß ausländischen Kapitals zu fördern. Gerade diese Situation erlaub unweidig, wie schwach noch der eigene Kapitalunterbau der deutschen Wirtschaft ist.

Durch die Ueberziehung des ausländischen Kredites mußte die Reichsbank Anfang des Jahres Dawesgaben in Höhe von nur 1 Milliarde machen, so daß ein Einbruch der Währung drohte. Die Rentenbank sah sich daher gezwungen, den am 11. 1. 27 auf 5 Prozent herabgesetzten Diskontsatz am 10. Juni 27 wieder auf 6 Prozent zu erhöhen. Bei der demselben Tage stattgefundenen Sitzung des Zentralausschusses erklärte Schacht, daß „die Währungsfrage in Deutschland kein Problem mehr sei, sondern lediglich die Wirtschaft.“

In diesem Sinn lag auch unsere Stellung von Anfang der Stabilisierungsperiode an. Finanztechnisch ist die Stabilisierung gelungen, aber immer noch fehlt es an der stabilen wirtschaftlichen Unterlage. Der absolute Schen, den das Großkapital der Währung angeordnet hat, dient gleichzeitig der Vernichtung des Mittel- und Kleinkapitals, dem in Zeiten der offenen Krise durch Kreditinschränkung die Lebensmöglichkeit unterbunden wird. Das Manko in der Zahlungsbilanz zeigt am stärksten, daß die deutsche Wirtschaft noch

bedingungslos stramm stehen, wenn sie nicht von den Gummi-knippelpelzern des gewerkschaftlich organisierten Polizeipräsidenten Zörgel aus der „Einheitsfront“ herausgegriffen werden wollen.

Wir aber, die wir den revolutionären Klassenkampf gegen die kapitalistisch-reformistische Gesellschaft und seine planmäßige Organisierung an den Anfang der modernen Arbeiterpolitik stellen, rufen den Berliner Proletariats zu: Laßt am 28. August die Amsterdamer und Moskauer Bankrotteure unter sich — setzt euch in Marsch zur proletarischen Klassenfront der in der AAU vereinigten revolutionären Betriebsorganisationen!

